

MÄRZ 2011



# GRÜNE ZEITEN

ZEITSCHRIFT FÜR GRÜNE POLITIK IN NIEDERSACHSEN



**AGRARWENDE -  
JETZT!**

# TERMINE

- 19.03.2011 Veranstaltung des Landesverbandes zur Gebietsreform in Nienburg
- 15. 04.-2011 LMV GRÜNE JUGEND Niedersachsen  
– 17.04.2011
- 25.04.2011 Bundesweite Aktionen zum Tschernobyl-Tag
- 26.04.2011 25. Tschernobyl-Tag
- 14.05.2011 GRÜNER Tag in Hannover  
u.a. mit Präsentation der Wahlkampflinie  
zur Kommunalwahl 2011
- 08.06.2011 Erscheinungstermin GRÜNE-ZEITEN-Spezial  
zur Kommunalwahl
- 24.06.2011 Neumitgliedertreffen

# INHALT

- 03 **LANDESPARTEITAG**  
GRÜNE Kommune 2011
- 04 **LANDESVORSTAND**  
Vorstellung des neuen Vorstandes
- 06 **KOMMUNALWAHL 2011**  
Kommunalpolitische Erklärung
- 08 **AGRARWENDE - JETZT!**
- 13 **GRÜNE JUGEND**  
Nazis entgegentreten
- 14 **LANDTAGSFRAKTION**

## DER LANDESVORSTAND



Anja Piel **Landesvorsitzende**  
anja.piel@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 11



Jan Haude **Landesvorsitzender**  
jan.haude@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 21



Matthias Wiebe **Landesschatzmeister**  
matthias.wiebe@gruene-niedersachsen.de



Julia Willie Hamburg **stv. Landesvorsitzende**  
julia.hamburg@gruene-niedersachsen.de



Birgit Kemmer **stv. Landesvorsitzende**  
birgit.kemmer@gruene-niedersachsen.de

## DIE LANDESGESCHÄFTSSTELLE



Gabi Kutsche **Geschäftsführung**  
geschaeftsfuehrung@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 22



Jens Williges **Finanzen**  
finanzen@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 66



Katja Sauer **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
presse@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 - 12 60 85 - 44



Helmut Delle **Kommunalreferat**  
kommunales@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 88



Christine Spannagel **Kampagnenreferat**  
kampagne@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 33



Renate Westphale **Organisation und Frauenreferat**  
landesverband@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 24



Martin Köne **Organisation**  
landesverband@gruene-niedersachsen.de  
Tel.: 0511 - 12 60 85 - 23



Christian Gailus **GRÜNE JUGEND Niedersachsen**  
gjn@gruene-niedersachsen.de  
Tel: 0511 - 12 60 85 - 77

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Landesverband Niedersachsen  
Odeonstraße 4 · 30159 Hannover  
Tel: 0511-12 60 85-0 · Fax: 0511-12 60 85-85  
[www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)  
[landesverband@gruene-niedersachsen.de](mailto:landesverband@gruene-niedersachsen.de)

# GRÜNE KOMMUNE 2011

Katja Sauer



■ Energie-, Bildungs- und Sozialpolitik, aber auch Wirtschaftspolitik und kommunale Finanzen sind die Themen, mit denen wir Grüne in Niedersachsen in den Kommunalwahlkampf 2011 gehen. Auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im Februar in Hannover verabschiedeten die rund 150 Delegierten die kommunalpolitische Erklärung **GRÜNE Kommune 2011**, die unseren Kreisverbänden und KommunalpolitikerInnen als Rüstzeug zur Wahlprogrammerstellung dienen soll. Damit wollen wir Antworten geben auf die zu lösenden Probleme unserer Kommunen (mehr dazu auf Seite 6 und 7). Eine prominente Einführung in das Thema gab uns **Herbert Schmalstieg** (SPD), Präsident des Niedersächsischen Städtetages, mit seiner mitreißenden Gastrede.



Herbert Schmalstieg Sylvia Löhrmann

## Energie- und Schulpolitik

Mit dem einstimmig verabschiedeten Antrag **Verantwortung für die dauerhafte Lagerung von Atommüll übernehmen – Neue Endlagersuche jetzt!** haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, auf Grundlage der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zur Asse und zu Gorleben, bis zur Landtagswahl 2013 einen rechtsfesten Weg zu entwickeln, Gorleben vor einer ergebnisoffenen Endlagersuche von vornherein als möglichen Standort auszuschließen.



Mit ihrer Grundsatzrede führte **Sylvia Löhrmann**, Grüne Schulministerin in NRW, in den Themenschwerpunkt Schulpolitikein. Der mehrheitlich verabschiedete Beschluss **Tragfähiger Schulkompromiss erfordert Stärkung integrierter Schulformen – Oberschule ist Etikettenschwindel** bekräftigt unsere Position zur Oberschule:

Die Oberschule ist eine schwarz-gelbe Mogelpackung. Wir setzen uns weiterhin für das erprobte und bewährte Modell der Integrierten Gesamtschule (IGS) ein, das im Gegensatz zur Oberschule maximale Durchlässigkeit gewährleistet. Zwar kann die Oberschule im ländlichen Raum ein mögliches Schulmodell sein, doch reicht ihr pädagogischer Ansatz in keiner Weise an den der IGS heran! Wir fordern ein Ende der Diskriminierung der Gesamtschulen: Neugründungen müssen überall dort zugelassen werden, wo es von den Eltern gewünscht wird.

## Mit starkem Vorstand in den Kommunalwahlkampf

Auch die Neuwahlen des Landesvorstandes standen auf der Tagesordnung, wobei **Stefanie Henneke**, bisherige Vorsitzende, und **Hahle Badrejad-Hahn**, bisher stellvertretende Vorsitzende, aus beruflichen Gründen nicht wieder antraten.

**Anja Piel** wurde in ihrem Amt als Landesvorsitzende bestätigt. Neben ihr wählten die Delegierten den bisherigen Landesschatzmeister **Jan Haude** zum Landesvorsitzenden. Gleich vier Bewerbungen lagen für das Amt

des Landesschatzmeisters vor. Bereits im zweiten Wahlgang setzte sich **Matthias Wiebe** aus dem Kreisverband Lüneburg durch. Dadurch konnte **Hanso Janßen** aufgrund der Quote nicht wieder für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden antreten. Neugewählte stellvertretende Vorsitzende für die nächsten beiden Jahre sind **Julia Willie Hamburg** aus Göttingen und **Birgit Kemmer** aus Lingen.

Mit einer herzlichen Dankesrede und langanhaltendem Applaus bedankten sich Landesvorstand und Delegierte bei den drei ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für ihr Engagement.

Erstmals haben wir von dieser LDK aus getwittert, um Interessierte zeitnah über Anträge, Diskussionen etc. zu informieren. Dank der regen Beteiligung unsererseits kann sich unsere „Twitterwall“ sehen lassen. Vielen Dank an dieser Stelle!

Besonders gefreut hat uns auch, die rege Teilnahme an den Workshop-Angeboten von **Hanso Janßen** zum Thema „Biogas“ und **Jan Haude** zur „KandidatInnenfindung“ am Sonntagmorgen.

Alle Beschlüsse und Ergebnisse des Parteitages findet ihr im Internet unter <http://gruenlink.de/6r>.

Katja Sauer  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit





## DER NEUE LANDESVORSTAND STELLT SICH VOR.



Anja Piel,  
Landesvorsitzende  
KV Hameln-Pyrmont,  
45 J., Industriekauffrau,  
verheiratet, zwei Kinder

■ Zuallererst wollen wir im September bei den anstehenden Kommunalwahlen Mandate hinzugewinnen, um mit unserem guten Grünen Einfluss Kommunalpolitik noch zukunftsfähiger, umwelt- und klimafreundlicher, demokratischer und transparenter zu machen.

An unseren anerkannten Kernkompetenzen bei Bildung, Energie- und Umweltpolitik will ich weiter arbeiten, um bis 2013 belastbare Grüne Positionen für den Wahlkampf zu entwickeln. Angesichts der katastrophalen Laufzeitverlängerung werden wir weiterhin gemeinsam mit der Anti-Atom-Bewegung gegen die schwarz-gelbe Lobbypolitik kämpfen.

Außerdem will ich daran mitarbeiten, dass die Parteistrukturen für die Herausforderungen der nächsten Jahre fit gemacht werden. Wir wollen wieder mitregieren. Dafür ist es wichtig, dass wir unsere Positionen schärfen, neue Visionen entwerfen und uns auch programmatisch weiterentwickeln.

Unsere lebhaft innerparteiliche Debattenkultur bietet beste Voraussetzungen dafür, dass wir in den nächsten zwei Jahren mehr Menschen für Grüne Arbeit gewinnen können.



Jan Haude,  
Landesvorsitzender  
RV Hannover,  
29 J., Politikwissenschaftler,  
feste Partnerschaft, ein Kind

■ Die kommenden zwei Vorstandsahre werden vor allem durch die anstehenden Wahlkämpfe geprägt sein. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir einen kreativen und schwungvollen Kommunalwahlkampf auf die Beine stellen, um am 11. September 2011 mehr GRÜN in die Räte und Kreistage zu bringen. Und direkt nach der Kommunalwahl beginnen die Vorbereitungen auf die Landtagswahl Anfang 2013. Mein Kernanliegen ist, dass wir die kommende Zeit nutzen, unsere Programmatik weiter zu entwickeln und den Wählerinnen und Wählern eine realistische Vision für einen wirklichen Politikwechsel im Land bieten. Hierzu gehört für mich zum Beispiel die Weiterentwicklung des Green-New-Deal-Ansatzes und unserer bildungspolitischen Forderungen. Ich halte es für wichtig, dass wir unseren klaren Kurs der Eigenständigkeit fortsetzen. Farbenspiele überlassen wir anderen – wir sind schließlich eine Konzeptpartei und kein Malereibetrieb.

Darüber hinaus werde ich mich dafür einsetzen, dass wir nicht nur mehr Mitglieder gewinnen, sondern diese direkt und von Anfang an in unsere Arbeit einbinden.

■ Zunächst einmal werden meine Hauptaufgaben natürlich die Haushaltsführung und alle finanziellen Fragen sein. Ich möchte die solide und gute finanzielle Ausstattung des Landeshaushaltes weiterführen. In diesem Jahr steht der Kommunalwahlkampf ganz oben auf der Agenda, doch auch in den nächsten beiden Jahren stehen mit den Landtags- und Bundestagswahlkämpfen Herausforderungen an, die wir ebenfalls finanziell stemmen müssen. Die finanzielle Unterstützung und Ausstattung der struktur- und finanzschwächeren KVs liegen mir dabei besonders am Herzen.

Darüber hinaus werde ich mich natürlich auch politisch einbringen. Meine Themen werden neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik Niedersachsens – Stichwort Green New Deal – auch die Sozialpolitik und Verkehrspolitik – Stichwort Mobilität – sein.

Als Diskussionspunkt innerhalb des Landesvorstandes sehe ich die Erweiterung des Vorstandes auf insgesamt sechs Personen, um eine Geschlechterparität gewährleisten zu können.



Matthias Wiebe,  
Landesschatzmeister  
KV Lüneburg,  
50 J., Sparkassenkaufmann,  
verheiratet, zwei Kinder

■ Partizipation ist Teil meiner Motivation Politik zu machen. Deshalb möchte ich mich vor allem in den Bereichen der Kinder- und Jugendpolitik, der Migrationspolitik sowie in der Bildungspolitik einbringen.

Zur Weiterentwicklung unserer innerparteilichen Strukturen liegen mir die Einbindung von Neumitgliedern und die Stärkung strukturschwacher Kreisverbänden besonders am Herzen. Außerdem möchte ich den Austausch der Kreisverbände untereinander weiter voranbringen, denn voneinander lernen wir am besten! Dafür müssen wir, fernab von Parteitagen, weiterhin Platz für inhaltliche Diskussionen und Vernetzung durch Veranstaltungen wie Campo Verde oder ähnlichen Formaten schaffen.

Unsere lebendige Demokratie und Debattenkultur möchte ich unter anderem durch einen breiteren Informationsfluss und die Umsetzung des Diversity-Gedankens in unserer Partei stärken.



Julia Willie Hamburg,  
stellv. Landesvorsitzende  
KV Göttingen,  
24 J., Studentin der Politikwis-  
senschaften, Germanistik und  
Philosophie,  
feste Partnerschaft, ein Kind

■ Der Kampf gegen Agrarfabriken und Massentierhaltung ist für mich ein zentrales Anliegen, denn diese Art des Wirtschaftens ruiniert nicht nur ganze Landstriche, sie schädigt auch Natur und Klima, lässt den Tierschutz vollkommen außer Acht und treibt bäuerliche Familienbetriebe in einen ruinösen Wettbewerb.

Natürliche Ressourcen nutzen und die Erneuerbaren vorantreiben; unser Grünes Energiekonzept gehört umgesetzt – dafür möchte ich mich einsetzen.

100 Jahre Weltfrauentag – und wir sind immer noch weit davon entfernt gleichberechtigt zu sein. Ich möchte, dass wir Grüne uns noch mehr für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen.

Aufgabe des Vorstandes ist es auch, die Grünen Mitglieder mitzunehmen, zu motivieren und auf die Kreativität der vielen Grünen Menschen im Lande zu bauen.



Birgit Kemmer,  
stellv. Landesvorsitzende  
KV Emsland-Süd,  
50 J., Verwaltungsangestellte,  
verheiratet, drei Kinder

# KOMMUNALPOLITISCHE ERKLÄRUNG FÜR NIEDERSACHSEN



■ Uns Grüne zeichnet aus, dass wir in unserer Politik einen Grünen Faden haben, den Faden der Nachhaltigkeit. Früher wurde dieser Begriff ausschließlich mit Umwelt- und Naturschutz assoziiert, doch haben wir ihn längst für alle politischen Bereiche durchdekliniert und auf die kommunalpolitischen Handlungsfelder heruntergebrochen.

## **Energie- und Wirtschaftspolitik als Jobmotor**

Erneuerbare Energien sind ebenso wie alle Branchen, die umweltfreundliche Technologien entwickeln oder produzieren, Jobmotor in Deutschland und in Niedersachsen. Nachhaltiges Wirtschaften zahlt sich aus – Ökologie und Ökonomie sind schon lange kein Gegensatz mehr. Es ist nachhaltig, Schluss zu machen mit Kohle und Atomkraft und die Energieversorgung erneuerbar zu gestalten. In den Kommunen können wir dafür schon vieles tun: Dämmen und Sanieren, Stromanbieter wechseln oder die eigenen Stadtwerke regenerativ ausrichten, gute energetische Beratung und ökologisches Bauen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Während

Schwarz-Gelb in Bund und Land Schritt für Schritt die Grüne Energiewende – und damit auch den Grünen Aufschwung – zunichte macht, wollen wir das vorhandene Potential nutzen. Hierfür müssen wir die Netze intelligent ausbauen. Wenn wir uns dabei für unterirdische Trassen einsetzen, hat das nichts mit Verweigerungshaltung zu tun, sondern mit der Verträglichkeit für Mensch und Umwelt und dadurch auch mit der notwendigen Akzeptanz, die solche Projekte brauchen.

## **Agrarwende – jetzt!**

Manchmal jedoch steht uns eine Verweigerungshaltung nicht nur gut zu Gesicht, sondern ist auch Teil unseres Selbstverständnisses: Wir verweigern uns jeder Gentechnik auf unseren Äckern, der Massentierhaltung und den Mastställen, die derzeit überall aus dem Boden gestampft werden. Wir Grüne sind davon überzeugt, dass die Landwirtschaft ökologischer werden muss. Das ist nicht nur eine Frage des Umwelt- und Naturschutzes, sondern auch des Tier- und VerbraucherInnenschutzes – nachhaltiger Schutz, der im Handeln unserer Städte und Ge-

meinden beginnen muss.

## **Für eine gerechte Finanzpolitik!**

CDU und FDP zeigen mit ihrer Politik in Land und Bund, dass die Kommunen sich nicht auf sie verlassen können. Diese Koalition traut sich weder eine dringend notwendige Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu noch eine Reform der Gewerbesteuer, der wichtigsten Einnahmequelle der Kommunen. Stattdessen werden Aufgaben nach unten weitergereicht, das entsprechende Geld aber nicht. Kein Wunder also, dass viele Kommunen aus eigener Kraft nicht mehr aus ihrem Schuldendilemma herauskommen und die Handlungs- und Gestaltungsräume vor Ort immer geringer werden. Nachhaltigkeit bedeutet in der Finanzpolitik zukünftigen Generationen etwas anderes als Schulden zu hinterlassen.

## **Mehr soziale Teilhabe!**

Die Kommunen stehen vor der Herausforderung des demografischen Wandels. Immer mehr alte Menschen, andere Anforderungen an die kommunale Infrastruktur sowie ein immer kleiner



Von Stefanie Henneke und Katja Sauer

Ein Leitantrag des „alten“ Landesvorstandes, zahlreiche ergänzende und modifizierende Änderungsanträge aus den Orts- und Kreisverbänden, fast 3 Stunden spannende Debatten und an deren Ende eine breite Zustimmung der LDK-Delegierten in Hannover für die **KOMMUNALPOLITISCHE ERKLÄRUNG**. Damit hat der Parteitag die Grundlage für den Kommunalwahlkampf 2011 gelegt. In dem LDK-Beschluss sind zentrale Themen und Positionen der Grünen Kommunalpolitik für die kommenden 5 Jahre zusammengefasst, an ihm entlang werden nun die Wahlprogramme vor Ort entstehen. Und die werden den Wählerinnen und Wählern viele gute Gründe liefern, um in den Räten und Kreistagen für mehr Grün zu stimmen.

werdender Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter bedeuten, dass wir nicht einfach weiter machen können wie bisher. Die Kommunen sollten diese Entwicklung als Chance begreifen und sie bewusst gestalten.

Zugleich müssen die Kommunen in Bildung investieren und Kinder in den Mittelpunkt stellen. Gerade weil ihr Anteil an der Bevölkerung geringer wird, ist es umso wichtiger, die besten Bedingungen für gute Bildungs- und Betreuungsangebote zu schaffen. Nicht zuletzt auch, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, die noch immer viele Menschen vor der Familiengründung zurückschrecken lässt oder aber ein Problem für die Karriere darstellt. Die Angebote für Kinder sind und werden zunehmend für die Kommunen zum entscheidenden Standortfaktor.

Es geht aber auch darum, allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die besten Chancen zu eröffnen. Integration von Anfang an ist ebenso ein Baustein unserer Politik wie echte Teilhabe für alle Menschen, die bei uns leben. Integration ist keine Einbahnstraße, auch die deutsche Gesellschaft

muss auf Menschen mit Migrationshintergrund zugehen und ihnen echte Angebote machen. Rechtsextremismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz! Wir Grüne werden alle fremdenfeindlichen Tendenzen mit der Kraft einer starken, demokratischen Zivilgesellschaft bekämpfen. Auch dafür werden die Grundsteine vor Ort gelegt, in vielen regionalen Bündnissen und Projekten gegen Rechts, die wir als Grüne stärken wollen.

### **Lebendige Demokratie beginnt vor Ort!**

Demokratie ist ein hohes und wertvolles Gut. Diese Aussage wirkt umso stärker, je mehr Bilder wir aus Tunesien, Ägypten und anderen Ländern sehen, wo sich erfolgreiche Proteste formiert haben gegen jahrzehntelange Unterdrückung, Korruption und Machtmissbrauch. Aber auch in einem Land, in dem der größte Anteil der Bevölkerung mit Demokratie aufgewachsen ist, sollte man sich immer wieder vor Augen führen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Sie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten der BürgerInnen, von bürger-

schaftlichem Engagement, von Transparenz und Gerechtigkeit. Wir wollen die Menschen dafür gewinnen, sich zu engagieren.

Auch wenn es schon etwas verstaubt klingt, das Motto „global denken, lokal handeln“ ist nicht nur immer noch aktuell, es ist ein Grünes Alleinstellungsmerkmal. Andere Parteien geben sich heutzutage auch gerne einen Grünen Anstrich, weil es gerade modern und Erfolg versprechend ist, aber echt und glaubwürdig Grün ist eben nur das Original, das sind wir! Wir folgen dem Grünen Faden und werden dabei hoffentlich viele Menschen mitnehmen, damit unsere Kommunen Grüner werden. Uns allen ein erfolgreiches Kommunalwahljahr 2011!

Die Kommunalpolitische Erklärung findet ihr im Internet unter <http://gruenlink.de/9c>.





# AGRARWENDE – JETZT!

Agroindustrie, Putenmastanlagen, Hähnchen-Highway, Monokulturen ODER Ökolandwirtschaft, Verbraucher-, Natur- und Tierschutz? Alles Schlagworte, die gerade bei uns von zentraler Bedeutung sind. Denn Niedersachsen ist das Land der Massentierhaltung und der Landwirtschaft. Einerseits bundesweit führend, denn hier wird jedes zweite Huhn und jedes dritte Schwein produziert, gleichzeitig Schlusslicht durch einen Anteil an Ökolandbaufläche von unter 3%.

**HÖCHSTE ZEIT ALSO FÜR EINE WENDE!**



## GRÜNE WOCHEN IN NIEDERSACHSEN



Christine Spannagel

■ Wer hätte im Herbst letzten Jahres schon geahnt, wie goldrichtig wir mit unseren Plänen für eine „Grüne Woche in Niedersachsen“ liegen würden? Damals war die Idee, anlässlich der Grünen Woche in Berlin, der weltgrößten Messe für Ernährung und Landwirtschaft, auch bei uns in Niedersachsen eine Grüne Woche zu veranstalten. Also wurden Kreis- und Ortsverbände dazu aufgerufen, bei sich vor Ort Aktivitäten rund um die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung durchzuführen.

Im Laufe des Dezembers gewann das Thema Agrarpolitik dann – zwar aus unschönen Gründen – schlagartig an medialer Aufmerksamkeit. Zunächst niedersachsenweit durch den Rücktritt von Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen. Sie stolperte über Dumpinglöhne und Verstöße gegen den Tierschutz in einem unter ihrer Beteiligung laufenden Putenmastbetrieb. Blitzte da nicht

ein wenig Hoffnung im Land auf? Hoffnung darauf, ein neuer Minister voller Tatendrang könne sich in Niedersachsen daran machen, die Landwirtschaftspolitik ein wenig umzukrempeln?

Den tierquälerischen Zuständen in den hunderten von Geflügelmastställen und der stetig steigenden Zahl an industriellen Agrarfabriken ein Ende bereiten? Aber nein! Schon kurz nach Grotelüschen's Abdankung stand der neue Minister fest: Ministerpräsident McAllister hatte den ehemaligen Staatssekretär des Berliner Landwirtschaftsministeriums, Gert Lindemann, aus dem wohlverdienten Ruhestand zurückbeordert. Dieser sollte auch unverzüglich, sogar noch vor seiner offiziellen Vereidigung, sein Können unter Beweis stellen. Denn mit dem Beginn der Weihnachtsferien nahm auch der Dioxin-Skandal seinen Lauf. Zwar waren zunächst nur Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein betroffen, doch alsbald entwickelte sich der

Skandal zu einem bundesweiten Topp-Thema. Das passte doch perfekt zu unserer hausgemachten Grünen Woche. Mit vielen Veranstaltungen wurden die niedersächsischen Verhältnisse in den Kreis- und Ortsverbänden zum Thema gemacht, während der Landesverband zusammen mit der Landtagsfraktion genau die richtige Kulisse hatte, um mit einem medienwirksamen Auftakt die Aktionswoche einzuläuten.

Und der Plan ging auf: Vor dem noch immer verwaisten Landwirtschaftsministerium prangerten Landes- und Fraktionsvorstand in Person von **Anja Piel, Stefan Wenzel, Christian Meyer und Jan Haude** (Foto oben v.l.n.r.) vor dem Bild einer Kühltheke mit dioxinverseuchten Lebensmitteln die Verhältnisse in der niedersächsischen Landwirtschaftspolitik an. Darauf folgte die Übergabe zentraler Grüner Forderungen an den Pressesprecher des Ministeriums.

**VERBRAUCHERSCHUTZ, LEBENSMITTELSICHERHEIT  
UND TRANSPARENZ GEWÄHRLEISTEN DURCH...**

eine Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes,

eine Positivliste für Futtermittel,

mehr Kontrollen in der Futtermittelbranche.

**HÖHERE VERBINDLICHE STANDARDS FÜR  
UMWELT-, NATUR- UND TIERSCHUTZ IN  
DER LANDWIRTSCHAFT DURCH...**

verbesserte Tierschutzstandards,

niedrige Emissionsgrenzwerte für einen  
schonenden Umgang mit Wasser und Böden,

eine mehrheitlich bodengebundene  
Tierhaltung in der Landwirtschaft.

**ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN, SUBVENTIONEN  
FÜR INDUSTRIELLE GROSSBETRIEBE ABSCHAFFEN DURCH...**

Agrarsubventionen, die nur noch für ökologische,  
soziale und tiergerechte Leistungen gezahlt werden,

höhere Prämien für Ökolandbaubetriebe,  
die Stärkung von regionalen Kreisläufen,

eine Förderung von in Niedersachsen  
erzeugten Futtermitteln.

**FAIRE PREISE FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE  
PRODUKTE DURCH...**

eine flexible Mengensteuerung bei  
der Milchproduktion,

eine Agrarpolitik, die auf soziale und  
ökologische Kriterien ausgerichtet ist.



Was bleibt uns nun? Die Grüne Woche ist vorüber, und während dessen hat in Berlin mit 22.000 Menschen eine wahre Großdemonstration gegen Massentierhaltung, Gentechnik und Dumpingexporte stattgefunden. Es

ist gelungen, ein Bewusstsein für Themen wie gesunde Ernährung, ökologische Landwirtschaft und Tierschutz zu schaffen und ein Umdenken in Gang zu bringen. Auch auf Bundesebene sind erste Schritte erfolgt, um einen Para-

digmenwechsel einzuläuten. Und für uns Grüne heißt es nun: Hartnäckig dranbleiben am Thema, bis es uns endlich gelingt, unsere Forderungen nicht nur auf dem Papier gut aussehen zu lassen! Christine Spannagel, Kampagnenreferentin

# AGRARFABRIKEN VERHINDERN!

**Eckehard Niemann**, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), im Interview zur aktuellen Agrarpolitik in Niedersachsen.

Überall im Land entwickelt sich bürgerlicher Widerstand gegen Agrarfabriken, was ist der Grund dafür?

Durch die zunehmende Agrarindustrialisierung sind viele Bereiche der Tierhaltung nicht mehr gesellschaftsverträglich. Das betrifft die Art der Tierhaltung selber, aber auch die Emissionen, die von solchen Agrarfabriken mit ihrer hohen Konzentration Tausender Schweine und Zigtausender Masthühner ausgehen. Die bundesweite Vernetzung von mittlerweile 100 Bürgerinitiativen im „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ gibt viel Kraft.

Welche Auswirkungen hat diese Art der Produktion auf die Umwelt, aber auch auf die Landwirte in den Entwicklungsländern?

Im Umkreis der Mastanlagen führt Ammoniak zur Schädigung von Wäldern und Biotopen, der Gestank aus den Anlagen und bei der Ausbringung der riesigen Exkrementen-Mengen beeinträchtigt die Lebensqualität und die Immobilienwerte, die kilometerweit getragenen Keime bedrohen die Gesundheit. Die gezielt angeheizte Überschussproduktion der Schlachtkonzerne führt zum Ruin

vieler abhängiger Vertragsmäster hier, der subventionierte Billigexport zerstört viele bäuerliche Existenzen und die Ernährungssouveränität in den Empfängerländern.

Im Emsland beispielsweise hat sich gezeigt, dass die Auflagen zum Brand- und Keimschutz offenbar ein Hebel sein können, um Agrarfabriken zu verhindern. Wie ist das begründet?

Die Bauordnungen der Länder schreiben vor, dass im Brandfall Menschen und Tiere gerettet werden müssen. Die Investoren der riesigen Agrarfabriken können dies nicht durch Gutachten nachweisen. Auch die verlangten Keimschutz-Gutachten können sie nicht erbringen. Nach den Landkreisen Emsland, Oldenburg und Vechta sollten nun alle anderen Landkreise diese Anforderungen umsetzen. Auch im Interesse der Landwirte, die wegen der Ausschöpfung der Emissionsgrenzen durch die Agrarfabriken sonst nie mehr ihre Ställe erweitern könnten.

Wie müsste sich das Genehmigungsrecht für solche Anlagen ändern, damit ein besserer Umwelt-, Tierschutz und eine bäuerli-

che Produktion gewährleistet ist?

Wir brauchen ein generelles Verbot von Agrarfabriken ohne ausreichende Futtergrundlage und mit Tierzahlen oberhalb der Grenzen des Bundesimmissionschutz-Gesetzes (z.B. 1.500 Mastschweine oder 15.000 Mastgeflügeleinheiten). Wir brauchen europaweite Vorschriften – mit einem Klagerecht für Tierschutzverbände – für eine artgerechte Haltung der Tiere mit genügend Platz, auf Stroh, mit Auslauf, ohne Qualzucht und ohne Verstümmelung der Schnäbel und Ringelschwänze. Das geht nur auf Bauernhöfen.

Was raten Sie Grünen KommunalpolitikerInnen und Bürgerinitiativen zur Verhinderung solcher Großmastanlagen?

Mitmachen, Mut machen, in ihren Gemeinden und Landkreisen klare vorbeugende Beschlüsse und Leitbilder gegen Agrarfabriken und für Bauernhöfe initiieren.

Nicht erst seit dem Dioxinskandal fordern die niedersächsischen Grünen eine Wende in der Agrarpolitik. Gehen Ihnen diese Forderungen weit genug?

Ja, das ist ok.



Eckehard Niemann



Christian Meyer,  
Agrarpolitischer  
Sprecher der Grünen  
im Niedersäch-  
sischen Landtag

## KOMMENTAR

■ In Niedersachsen entsteht gerade eine neue Bürgerbewegung für die Agrarwende. Riesen-schlachthöfe, Dioxinanscherei, Qualhaltung, Niedrigstlöhne und zunehmende Gesundheitsgefahren durch Keime aus der Massentierhaltung bieten Anlass für Protest. Ausgehend von konkre-

ten Auseinandersetzungen um riesige Tierfabriken und Schlachthöfe werden aber vermehrt auch grundlegende Fragen des Fleischkonsums, des Lebensstils, der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Massentierhaltung diskutiert. Wir Grünen sollten diese Initiativen und Debatten in vielfältiger Weise unterstützen, weil sie eine riesige Chance zum Umden-

ken in den Dörfern und Städten in Richtung auf eine faire, ökologische und tiergerechte Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung bieten. Für Bauernhöfe statt Agrarfabriken! Für giffreie Lebensmittel in ethischer, sozialer und ökologischer Verantwortung!

Weitere Informationen:

[www.tierfabriken-nein-danke.de](http://www.tierfabriken-nein-danke.de)





KREIS- UND ORTSVERBÄNDE

# DER SCHLACHTHOF, DAS WASSER UND DAS SALZ

Dirk Weißenborn

■ Alle reden von mangelndem Tierschutz, Geruchsbelästigung und zu hohen Nitratbelastungen, doch zu den bedenklichen Auswirkungen der Ansiedlung des Rothkötter Megaschlachthofes in Wietze gehören auch die Wasser- und -entsorgung.

Wie die SVO (Stromversorgung Osthannover) den enormen Wasserverbrauch des Betriebes mit ca. 1,15 Mio. m<sup>3</sup> jährlich aus dem Wietzer Wasserwerk ohne nachteilige Wirkungen auf den oberflächennahen Naturhaushalt zur Verfügung stellen will, bleibt offen. Immerhin handelt es sich dabei um eine bis zu 70%ige Erhöhung der Wassergewinnung. Dass

dies überhaupt ohne ein erneutes wasserrechtliches Verfahren im Rahmen von früher genehmigten Mengenbegrenzungen möglich ist, zeigt deutlich, dass hier etwas faul ist. Denn in der Vergangenheit wurde das Wasserwerk nur gedrosselt genutzt. Der Blick auf die Grundwasserversalzungskarte zeigt: Ein erheblicher Bereich rund um dieses Wasserwerk birgt versalzenes Tiefengrundwasser. Das Problem daran: Bei einer Ausweitung der Wassergewinnung steigt die Gefahr von zunehmender Versalzung auch des Trinkwassers für Wietze, Thören und Bannetze. Das wasserrechtliche Verfahren zur Erhöhung der Wasserförderung im Wasserwerk Garßen für

den „Vollbetrieb“ des Wietzer Schlachthofs läuft zur Zeit.

Wasserversorgung und Gebrauch bedeuten zwangsläufig auch Erzeugung von Abwassermengen. Der zukünftige Schlachthof will sein Abwasser in das FFH-Gebiet „Untere Aller /Barnbruch“ einleiten. Erst kürzlich hat der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) dem Rothkötter-Konzern die dazu notwendige Einleitungsgenehmigung erteilt. Für uns Grüne ein Unding! Denn für uns gilt: Wir dürfen unsere wertvollen Wasserreserven nicht der Agrarindustrie opfern!

Dirk Weißenborn, KV Celle



AUS DEM BUNDESTAG

# HANDLANGER DER AGRAR-INDUSTRIE: SCHWARZ-GELBE LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

Renate Künast

■ Dagobert Duck will die Sicherheitsvorkehrungen für seinen Geldspeicher erhöhen und lädt zur Expertenanhörung die Panzerknackerbande ein! Unglaublich?! Aber nein, genauso hat es Ilse Aigner gemacht. Die Ministerin hat die Futtermittelindustrie eingeladen und aus Anlass des Dioxinskandals um Beratung gebeten.

Und dann wird noch Peter Bleser ihr neuer Agrarstaatssekretär. Der ist Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG. Das ist eines der größten Agrarunternehmen in Deutschland, das u.a. auch Mischfutter herstellt. Selbstverständ-

lich tritt er für Agro-Gentechnik und die Firma Monsanto ein.

Die Bundesregierung hat gerade ein großes Glaubwürdigkeitsdefizit in der Verbraucherpolitik, in der Agrar- und Ernährungspolitik. Und doch verschwestert sie sich mit der Agrarindustrie statt umzuschwenken zu mehr Verbraucherschutz und mehr Qualität.

Bereits beim Atomausstieg hat sich die Bundesregierung einen Dreck für die Interessen der Menschen interessiert und ohne Not einen von der Gesellschaft breit getragenen Kompromiss rückgängig gemacht. Davon profitiert haben die großen Energiekonzerne. Bei der Verbraucher- und Agrarpolitik

dasselbe Bild. Weder bei der Telefonabzocke noch im Internet oder bei der Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln bewegt sich was für uns. Dafür werden Milliarden in die Gentechnikforschung gesteckt, gleichzeitig das Programm Ökolandbau abgewickelt.

Doch am Ende wird diese Strategie nicht aufgehen. Denn es sind immer noch Menschen, die zur Wahl gehen, und nicht Großkonzerne. Und bis dahin machen wir kluge Politik – auch mit dem Einkaufskorb.

Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag





Jan Philipp Albrecht

## EU NEUERSCHEINUNG: BROSCHÜRE RUND UM FÖRDERMITTEL DER EU

### WIE LÄSST SICH DIE KOMMUNE MIT GRÜNEN PROJEKTEN GESTALTEN?



■ Die Kassen der Städte und Gemeinden sind leer. Auch in Niedersachsen. Ob nun die Schule ökologisch saniert, das Krankenhaus mit einem Solardach oder ein Programm zur Beteiligung an sozialen Projekten aufgelegt werden soll – oft herrscht Ratlosigkeit, mit welchen Mitteln diese Ziele umgesetzt werden können. Doch jetzt gibt es Abhilfe: Denn mit Phantasie und Engagement kann auch in Zeiten klammer Kassen eine lebenswerte Kommune gestaltet werden!

Gemeinsam mit ExpertInnen habe ich die Broschüre **Europäische Förderprogramme für Kommunen**

in **Niedersachsen** erarbeitet, in der zahlreiche Förderprogramme der EU und Informationen zu ihrer Beantragung dargestellt werden.

Denn in Brüssel werden – anders als oftmals erwartet – nicht bloß die zu Recht kritisierten Geldträge für die konservative Agrarindustrie verwaltet. Die Europäische Union fördert mit ihren zahlreichen Fonds und Förderprogrammen vor allem Projekte und Strukturen vor Ort. Leider haben viele kleinere Kommunen bislang nicht die Mittel oder die engagierten PolitikerInnen, um sich mit diesen Geldern auseinanderzusetzen oder sich gar dafür zu bewerben.

Das soll sich mit informierten Grünen KommunalpolitikerInnen ändern. Denn wer sich mit dem Sozialfonds oder den Regional- und Strukturmitteln gut auskennt, kann schnell eine mögliche Ko-Finanzierung für Grüne Projekt in Aussicht stellen. Und der Bonus obendrauf: Die Arbeitszeit für Recherche und Beantragung kann dabei als Eigenleistung in der Finanzierung angerechnet werden.

Die Broschüre könnt ihr gerne bei mir per E-Mail bestellen: [jan.albrecht@europarl.europa.eu](mailto:jan.albrecht@europarl.europa.eu)

Jan Philipp Albrecht, Grüner Europaabgeordneter für Niedersachsen



Hanso Janssen

## LAG NATUR-UMWELT-VERBRAUCHERSCHUTZ-LANDWIRTSCHAFT BIOGAS UMWELTVERTRÄGLICHER FÖRDERN

■ Seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2004 hat sich die Zahl der Biogasanlagen in Niedersachsen von 300 auf ca. 1.100 in 2010 erhöht. Niedersachsens Biogasanlagen ersparen der Atmosphäre jährlich 2,3 Millionen Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub>. Wegen der hohen Förderung werden rund 90% der Biogasanlagen mit nachwachsenden Rohstoffen betrieben, überwiegend mit Mais. Durch das EEG haben sich in etlichen Regionen, wie beispielsweise in den Landkreisen Oldenburg, Celle und Soltau-Fallingb., Maismonokulturen deutlich ausgebreitet. Das führt zu Kontroversen: Tier- und Pflanzenarten verlieren Lebens-

räume, das Landschaftsbild wird monotoner; Pachtpreise steigen und der Anbau von Nahrungsmitteln wird verdrängt. Andererseits wollen wir Biogas als regenerative Energie weiter ausbauen.

Deshalb brauchen wir jetzt eine Neuausrichtung der EEG-Biogasförderung. Am Rande der LDK im Februar wurden erste Ideen hierzu diskutiert:

- Eine viergliedrige Fruchtfolge und qualifizierte Wärmenutzungskonzepte sollten Fördervoraussetzungen werden,
- Mist, Gülle und Reststoffe sollten in Biogasanlagen stärker genutzt werden,

- Genehmigungsverfahren sollten transparenter und die Steuermöglichkeiten von Kommunen erweitert werden,
- eine regionsspezifische Obergrenze der Anbaufläche von Energiepflanzen wurde ange-regt.

Die Diskussion über Biogas wollen wir in den LAGen Natur-Umwelt-Verbraucherschutz-Landwirtschaft und Energie vor Ostern in Hannover fortsetzen.

Interessierte sind herzlich willkommen. Ort und Zeit unter: [www.gruene-niedersachsen.de/termine](http://www.gruene-niedersachsen.de/termine)



## DAMALS UND HEUTE

# NAZIS ENTGEGENTRETEN!

■ Im Februar in Dresden, im Juni in Braunschweig und im August in Bad Nenndorf: Neonazis und ihre AnhängerInnen haben mittlerweile einen fest etablierten Demo-Jahreskalender mit immer wiederkehrenden Terminen. Grund genug, sich ausführlicher damit auseinanderzusetzen warum.

**Für die Bedeutung der Naziaufmärsche ist es wichtig, sie von innen und von außen zu betrachten.**

Von innen betrachtet sind sie ein wichtiger Anlass für die interne Motivation. Es ist ein Schau-laufen: wer darf kommen, wer nicht? Beispiel Bad Nenndorf: Nahezu die gesamte Demonstration ist durchorganisiert. Welche Organisation, welche Kameradschaft an welcher Stelle steht und läuft – alles ist festgelegt. Welche Strömung darf die RednerInnen stellen, wer die Ordner? In Bad Nenndorf steht für Nazis nicht die Anzahl der Teilnehmenden im Vordergrund, sondern das „Ritual“. Es ist ein innerliches Bekenntnis zum NS-Regime.

Von außen sind die Aufmärsche ein PR-Desaster, die Berichterstattung in den Medien – wenn sie vorkommt – ist durchgehend negativ, und der martialische Auftritt der umgebenden Polizei schreckt ab, statt Sympathien zu wecken. Dort, wo Nazis offen auftreten, organisiert sich in der Regel Widerstand. Gefährlicher werden Nazis, wenn sie unerkannt in die etablierten Institutionen einsickern und ihre politischen Ansichten Stück für Stück „hoffähig“ machen.

Im Jahr 2010 gab es in Dresden, mitorganisiert von der Oberbürgermeisterin, eine Menschenkette, die um die Innenstadt führte. Sie sollte symbolisch sowohl gegen die Nazis schützen als auch der Opfer der Bombardierungen gedenken. Das ist problematisch: Aktueller Neofaschismus wird mit einem vergangenen Kriegereignis gleichgesetzt. Etwas „von außen“ (hier Nazis bzw. Bomben) bedroht den Lebensstil und nun wird versucht, es durch die Menschenkette „draußen“ zu halten. Das ist die sprichwörtliche „Mitte“, die gegen den „Extre-

mismus“ zu Felde zieht. Eigene Verfehlungen und Missstände können problemlos auf andere projiziert werden, die eigene Burg bleibt sauber.

Um Neofaschismus in der Gesellschaft dauerhaft zu bekämpfen, müssen verschiedene Strategien parallel verfolgt werden. Wer von sich behauptet, das Patentrecht gegen Nazis zu haben, ist unseriös. Notwendig ist Arbeit in breiten Bündnissen, die nicht nur anlassbezogen arbeiten. Die Herausforderung ist nicht nur die Mobilisierung zu einem Naziaufmarsch, sondern das Thema auch später in der Öffentlichkeit zu halten.

Einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit der GRÜNEN JUGEND und der Partei muss – auch im Hinblick auf Dresden, Braunschweig und Bad Nenndorf – die Erinnerungskultur einnehmen: Die Verbrechen in der Nazizeit dürfen in keinem Fall relativiert oder gegengerechnet werden. Deshalb müssen Dresden, Braunschweig und Bad Nenndorf auch in unserem Demo-Kalender einen festen Platz haben.



## DIE GJN

[www.gj-nds.de](http://www.gj-nds.de)



# Sanierung statt Abriss! – Denkmal und Landeskasse schützen



Niedersächsischer Landtag: Abriss des Plenarsaals?  
(Collage)

Aus den Ruinen des Welfenschlosses schuf der Architekt Dieter Oesterlen in den sechziger Jahren mit dem niedersächsischen Landtag einen Bau, der heute auch an die Geschichte einer jungen Demo-

kratie erinnert. Nach jahrelanger Vernachlässigung der Bauunterhaltung wird seit 10 Jahren geplant und gestritten, wie der denkmalgeschützte Plenarsaal erhalten, umgebaut oder neu gebaut werden kann. Gegen die Stimmen der grünen Fraktion entschied sich der Landtag im März 2010 aufgrund einer gutachterlichen „Wegabwägung“ des Denkmalschutzes mehrheitlich für Abriss und Neubau unter der Maßgabe, dass die Kosten deutlich unter 45 Millionen Euro liegen müssen. Nach elf Monaten präsentierte Landtagspräsident Dinkla jetzt eine Kostenschätzung des Finanzministers, die den Neubau mit 64 Millionen Euro taxierte. Außerdem bekannte sich das für Denkmalschutz zuständige Wissenschaftsministerium zu einem neuen Gutachten, das den Denkmalschutz für das Gebäude nun doch abschließend bestätigte. Eigentlich

hätte jetzt alles klar sein müssen, meint die grüne Fraktion! Abriss geht nicht mehr - und eigentlich müssten jetzt die vor zehn Jahren bereits erstellten denkmalgerechten Modernisierungspläne aus einem damaligen Architektenwettbewerb zur Umsetzung kommen. Statt 45 Millionen würde das mit den inzwischen eingetretenen Kostensteigerungen und zusätzlichen Anforderungen zum Brandschutz auf Grundlage einer Untersuchung des Finanzministeriums hochgerechnet nur 30 Millionen Euro kosten.

CDU, FDP, SPD und LINKE wollen aber jetzt stattdessen für eine Million Euro externe Büros mit einer weiteren Kostenschätzung des Neubaus beauftragen. Da wollen anscheinend einige ihren Gestaltungswillen, koste es was es wolle und egal wie die Rechtslage ist, durchsetzen.

*Enno Hagenah, MdL*

# Eine grüne Agrarwende ist überfällig!



Der Dioxin-Skandal verpanschter Lebensmittel zeigte einmal mehr die Fehlentwicklungen einer Industrialisierung der Landwirtschaft. Weltweite Futtermittelketten inklusive des Gensoja-Anbaus in ehemaligen Regenwaldgebieten und ein Trend zu Massentierhaltung und Billigproduktion begünstigen kriminelle Machenschaften und die Nutzung unseres Körpers als Giftmülldeponie. Krebsregendes Dioxin hat in unserer Nahrung genauso wenig etwas zu suchen, wie Antibiotika oder Pestizide.

Die „Wir haben es satt!“-Demo am Rande der Grünen Woche in Berlin mit über 22.000 TeilnehmerInnen zeigt, dass das Thema Ernährung, Agrarwende und Tierschutz für viele Menschen ganz oben auf der Agenda angekommen ist. Ebenso fordern immer mehr Bürgerinitiativen im Land ein Umdenken beim Bau riesiger Massentierhaltungsanlagen. Die Fraktion

unterstützt deren Arbeit im Parlament. Infos gibt es dazu auf unserer neuen Webseite: [www.tierfabriken-nein-danke.de](http://www.tierfabriken-nein-danke.de). Der neue Agrarminister Gert Lindemann (CDU) erklärte hingegen bei seiner Amtsübernahme, man brauche keine Agrarwende. Viele BürgerInnen, die auf Bio-Produkte und fleischärmere Ernährung umsteigen, sehen das zum Glück anders. Aus dem Rücktritt von Vorgängerin Grottelüschen wegen Tierquälereien und Billiglöhnen wurde nicht gelernt. So fördert Niedersachsen mit 6,5 Millionen Euro Landesgeld einen Megaschlachthof in Wietze, während es gleichzeitig beim Ökolandbau kürzt und kein Geld für ein ökologisches Schulobstprogramm hat. Eine Grüne Agrarwende ist der beste Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz!

*Christian Meyer, MdL,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender*





## Fachkräftemangel und Pflegenotstand bekämpfen!



Burkhardt Zieger vom Berufsverband für Pflegeberufe und Ursula Helmholt

Wie wappnet sich eine älter werdende Gesellschaft gegen den drohenden Fachkräftemangel in der Pflege? Bundesweit bis zu 400.000 Fachkräfte fehlen voraussichtlich im Jahre 2030 allein in den Krankenhäusern. Nötig sind die z.B. die Wiedereinführung der solidarischen Ausbildungsumlage, die Schulgeldfreiheit und

das Gewinnen neuer Zielgruppen als Fachkräfte z.B. über Umschulungen. Außerdem geht es um die Weiterbildung von Pflegehelferinnen, die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse für eingewanderte Fachkräfte, ein Wiedereinstiegsprogramm für BerufsrückkehrerInnen und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ferner wollen wir verbesserte Arbeitsbedingungen und verbesserte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Pflegekräfte, die Einführung eines Gesundheitsmanagements, den Aufbau eines neuen Kompetenzprofils sowie die Errichtung einer Pflegekammer. Langfristig wollen wir die Zusammenführung der verschiedenen Pflegeausbildungsgänge.

*Ursula Helmholt, MdL, sozialpolitische Sprecherin*

## NEU: „Wiebke weiß was“ – Internetfernsehen der Landtagsgrünen



„Wiebke weiß was“ heißt der neue Podcast, der ab sofort auf [www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de) zu sehen ist. Hauptdarstellerin, Chefredakteurin und Produzentin ist die 19-jährige Wiebke

Nordenberg, die zurzeit bei uns ihr FSJ Politik absolviert. In der ersten Folge geht es um die Themen „Volksbegehren für gute Schulen“, „Dioxinskandal und Agrarwende“, „Grüne gegen Landtagsabbriss“ und „Nachwuchs auf dem Fraktionsflur“.

## Rente mit 67 auch für PolitikerInnen: Es geht um Glaubwürdigkeit und Akzeptanz

Unsere Fraktion hat im Januar eine Reform des Abgeordnetengesetzes in den Landtag eingebracht. Kernstücke sind die Rente mit 67 auch für Landtagsabgeordnete und die Übertragung der ungeliebten Agenda 2010 auf Politiker und Politikerinnen. Außerdem wollten wir ein paar kleine Nebenprivilegien abschaffen, die sich überlebt haben. Die Reaktionen im Landtag auf unser kleines Reformvorhaben waren: überraschend. Von schwarz über gelb bis zu allen Rotfraktionen (SPD, Linke und DKP) gab es ein kollektives Aufjaulen. Da hatten wir wohl einen Nerv getroffen; einen ziemlich empfindlichen sogar, denn kleine aber feine Sonderregelungen lässt man sich nicht gerne wegnehmen. Immerhin: gegen die Rente mit 67 für den politischen Beruf waren die meisten dann doch. Aber das überlebensnotwendige Tagegeld für allerlei Sitzungen muss aber bleiben. Sonst verhungert der Ostfrieze in Hannover.

*Ralf Briese, MdL, innenpolitischer Sprecher*



## Einstehen für Demokratie und Menschenrechte

Die Anzahl an Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund ist unverändert hoch, die so genannten Militanten Kameradschaften werden stärker und auch in der Mitte der Gesellschaft nehmen rechtsextreme Einstellungsmuster und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu wie Studien u. a. von Friedrich Ebert Stiftung und von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer eindrucksvoll zeigen. Für uns GRÜNE ist das kein Anlass zur Resignation. Wir engagieren uns nicht nur in kommunalen Bündnissen und auf Demonstrationen gegen diese menschenverachtende Ideologie, sondern auch durch parlamentarische Initiativen: So haben wir im Landtag einen Antrag für ein Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte eingebracht.

*Helge Limburg, MdL, Sprecher für Rechtsextremismus*



Helge Limburg bei Anti-Nazi Demo

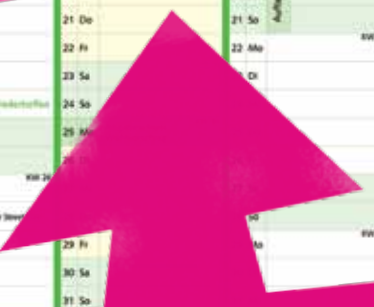


# GRÜNER FAHRPLAN ZUR KOMMUNALWAHL 2011



Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
1 Di	1 Di	1 Fr	1 So Tag der Arbeit	1 Mi	1 Fr	1 Mo	1 Di
2 Mi	2 Mi	2 Sa	2 Mo	2 Do Christi Himmelfahrt	2 Sa	2 Di	2 Fr
3 Do	3 Do Tag der Anschläge	3 So	3 Di Tag der Arbeit	3 Fr	3 So	3 Mi	3 Sa
4 Fr	4 Fr	4 Mo Rosenmontag	4 Mi	4 Sa	4 Mo	4 Do	4 So Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
5 Sa	5 Sa	5 Do	5 Do	5 So Sonntag der Umwelt	5 Di	5 Fr	5 Mo
6 So	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo	6 Mi	6 Sa	6 Di
7 Mo	7 Mo	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Do Beginn Sommerferien	7 So	7 Mi
8 Di	8 Di 190 Jahre Niedersächsischer Freiwirtschaft	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo	8 Do
9 Mi	9 Mi	9 Sa	9 Mo	9 Do	9 So	9 Mi	9 Sa
10 Do	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 Mo	10 Do	10 So
11 Fr	11 Fr	11 Mo	11 Mi	11 Sa	11 Mo	11 Do	11 So KOMMUNALWAHL
12 Sa	12 Sa	12 Do	12 So	12 Di	12 Do Pflingstmontag	12 Fr	12 Mo
13 So	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo	13 Do Pflingstmontag	13 So	13 Mi
14 Mo	14 Mo	14 Do	14 So	14 Di	14 Do	14 So	14 Mi
15 Di	15 Di	15 Mo	15 Mi	15 Sa	15 Mo	15 Do	15 So
16 Mi	16 Mi	16 Do	16 So	16 Di	16 Do	16 So	16 Mi
17 Do	17 Do	17 Mo	17 Mi	17 Sa	17 Mo	17 Do	17 So
18 Fr	18 Fr	18 Do	18 So	18 Di	18 Do	18 So	18 Mi
19 Sa	19 Sa	19 Mo	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do	19 So
20 So	20 So	20 Do	20 So	20 Di	20 Do	20 So	20 Mi
21 Mo	21 Mo	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Mo	21 Do	21 So
22 Di	22 Di	22 Do	22 So	22 Di	22 Do	22 So	22 Mi
23 Mi	23 Mi	23 Mo	23 Mi	23 Sa	23 Mo	23 Do	23 So
24 Do	24 Do	24 Do	24 So	24 Di	24 Do	24 So	24 Mi
25 Fr	25 Fr	25 Mo	25 Mi	25 Sa	25 Mo	25 Do	25 So
26 Sa	26 Sa	26 Do	26 So	26 Di	26 Do	26 So	26 Mi
27 So	27 So	27 Mo	27 Mi	27 Sa	27 Mo	27 Do	27 So
28 Mo	28 Mo	28 Do	28 So	28 Di	28 Do	28 So	28 Mi
29 Di	29 Di	29 Mo	29 Mi	29 Sa	29 Mo	29 Do	29 So
30 Mi	30 Mi	30 Do	30 So	30 Di	30 Do	30 So	30 Mi
31 Do	31 Do	31 Mo	31 Mi	31 Sa	31 Mo	31 Do	31 So

**KALENDER**



Der Wahlkampfkalender besteht aus festem Papier und kann als Wandkalender oder Schreibtischunterlage genutzt werden. **Stückpreis 0,30 €.**  
 Die Broschüre beantwortet die 12 häufigsten Fragen Interessierter, die über eine Kandidatur zur Kommunalwahl nachdenken. **Stückpreis 0,30 €.**  
 Beides zu bestellen in der Landesgeschäftsstelle:  
 E-Mail: [landesverband@gruene-niedersachsen.de](mailto:landesverband@gruene-niedersachsen.de)  
 Tel.: 0511 / 12 60 85 - 0

**BROSCHÜRE**

**KOMMUNALPOLITIK  
MIT MIR?**

Antworten auf die 12 häufigsten Fragen

**KOMMUNALWAHL  
2011**



**IMPRESSUM** Grüne Zeiten Zeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen Erscheinungsweise 3 x jährlich als Landesbeilage des SCHRÄGSTRICH Herausgabe und Verlag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Niedersachsen, Odeonstr. 4, 30159 Hannover, Tel 0511/12 60 85 - 0, Fax 0511/12 60 85 - 85, [gz@gruene-niedersachsen.de](mailto:gz@gruene-niedersachsen.de) Redaktion Katja Sauer (V.i.S.d.P.) Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Fotos Archiv/privat; Jörg Rutzen; iStockphoto; photocase/ig3l; Grüne Landtagsfraktion Satz und Layout pizwe, Pia Danner und dacorpo design, Sabine Panse Druck und Vertrieb in Kooperation mit SCHRÄGSTRICH und Oktoberdruck, Berlin Auflage 5.250